Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 13 116
Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Anja Schillhaneck (GRÜNE)

vom 28. Januar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Januar 2014) und **Antwort**

Wer fährt nach Sotschi, und warum eigentlich?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wer wird der Delegation des Senats, die zu den Olympischen Winterspielen in Sotschi fährt, angehören? Wer wird die Delegation darüber hinaus begleiten?

Zu 1.: Der Delegation des Senats von Berlin gehörten der Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport, der für Sport zuständige Staatssekretär und von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport der Abteilungsleiter Sport sowie eine Mitarbeiterin der Abteilung Sport an.

Begleitet wurde die Berliner Delegation darüber hinaus vom Leiter des Olympiastützpunktes Berlin (OSP Berlin).

2. Welche Abwägungen sind in die Entscheidung eingeflossen, eine hochrangige politische Delegation des Landes Berlin nach Sotschi zu entsenden?

Zu 2.: Der Senat geht davon aus, dass Konsens über alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin hinweg dahingehend besteht, die Position und Konkurrenzfähigkeit der Sportmetropole Berlin auch in Zukunft zu festigen. Dazu gehört auch die politische Präsenz hochrangiger Repräsentanten bei internationalen Sportveranstaltungen vor Ort. Der Senat von Berlin empfand es darüber hinaus als falsches Signal, wenn deutsche und insbesondere Berliner Sportlerinnen und Sportler an den Olympischen Winterspielen in Sotschi teilnehmen, hochrangige politische Vertreterinnen und Vertreter Berlins jedoch nicht.

3. Hat der Senat insbesondere eine eigene Bewertung der in einer breiten öffentlichen und in vielen Ländern geführten Debatte über die Situation homosexueller Menschen und zum so genannten „Homosexuellenpropaganda-Gesetz“ in Russland vorgenommen? Wenn ja, zu welchem Ergebnis ist er gekommen?

Zu 3.: Der Senat beobachtet die politischen und rechtlichen Entwicklungen in Russland gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und transgeschlechtlichen Menschen (LSBT) sowie Organisationen, die sich für die Belange von LSBT einsetzen mit großer Sorge. Jede Form der Diskriminierung von Minderheiten ist auch eine Verletzung der Menschenrechte.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat in einem Schreiben vom 30. August 2013 an seinen Amtskollegen in Moskau die Position des Landes Berlins deutlich gemacht und sich insbesondere über das Gesetz zum Verbot der Propaganda der Homosexualität in Russland kritisch geäußert. Gleichzeitig mahnte er mehr Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen, vor allem in Berlins Partnerstadt Moskau an. Der Regierende Bürgermeister von Berlin erinnerte an die Pflicht von Regierungen, Diskriminierungen jeder Art zu verhindern und bat den Oberbürgermeister nachdrücklich, sich für mehr Toleranz und umfassenden Minderheitenschutz stark zu machen.

4. Ist dem Senat bekannt, dass etliche Staatsoberhäupter und andere hohe Würdenträger insbesondere aus Kritik an diesem Gesetz und dem mangelnden Schutz der Rechte homosexueller Menschen beschlossen haben, den Olympischen Winterspielen in Sotschi fern zu bleiben? Welchen Einfluss hatte das auf die Entscheidung?

Zu 4.: Dem Senat war bekannt, dass u. a. auch aus Kritik an dem unter 3. genannten Gesetz bzw. dem mangelnden Schutz der Rechte homosexueller Menschen einige Staatsoberhäupter und andere hochrangige Personen den Olympischen Winterspielen in Sotschi fernbleiben. Andererseits war dem Senat auch bekannt, dass der für Sport zuständige Bundesminister des Inneren die Olympischen Winterspiele in Sotschi besuchen wird.

Dieser Sachverhalt wurde ausdrücklich berücksichtigt. Im Ergebnis hat das nicht dazu geführt, den Olympischen Winterspielen in Sotschi fernzubleiben.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Stattdessen wurde geprüft, wie die Menschenrechtssituation in Russland an geeigneter Stelle vor Ort angemessen thematisiert werden kann. So hat der Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport das Thema vor Ort mit Vertretern der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ erörtert. Außerdem hat der Staatssekretär für Sport den Regenbogenschal als Symbol der internationalen Schwulen- und Lesbenbewegung bei dem Gesprächstermin mit dem Bürgermeister von Sotschi getragen.

5. Hat der Senat die Entscheidung des Bundespräsidenten Gauck zur Kenntnis genommen, die Olympischen Winterspiele in Sotschi nicht zu besuchen? In welcher Weise ist diese Tatsache in seinem Entscheidungsprozess, selbst eine Delegation zu entsenden, berücksichtigt worden?

Zu 5.: Der Senat hat die Entscheidung des Bundespräsidenten zur Kenntnis genommen.

Im Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 4. verwiesen.

6. Worüber wird die Delegation in Sotschi mit wem reden? Welche Bedeutung misst der Senat der Delegationsreise in Bezug auf Informationsgewinnung, Akquise von Sportveranstaltungen (insbesondere im Bereich Wintersport), allgemeiner Kontaktpflege usw. bei? Welche Alternativen böten sich, die gesetzten Ziele der Delegationsreise zu erreichen?

Zu 6.: Wie der Senat bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hiller vom 24. September 2012 (Drucksache 17/11 014) ausführlich dargelegt hat, verfolgen Reisen zu internationalen Sportgroßveranstaltungen immer mehrere Ziele:

- Sie dienen dem Erkenntnisgewinn zur Durchführung von Sportgroßveranstaltungen sowohl bezogen auf die Ausgestaltung von Sportanlagen als auch deren organisatorischen Abläufen.
- Sie dienen der Repräsentation der Sportmetropole Berlin.
- Sie dienen der Kontaktpflege zu den internationalen Sportverbänden, die in Berlin Sportgroßveranstaltungen wie z. B. die Allround-Weltmeisterschaften im Eisschnelllauf 2016 planen bzw. sich dafür bewerben.
- Sie dienen der Unterstützung der teilnehmenden Berliner Sportlerinnen und Sportler.

Neben dem Besuch von sportlichen Wettkämpfen hat das Programm der Berliner Delegation folgende Gesprächstermine beinhaltet:

- Briefing durch einen Vertreter der Deutschen Botschaft in Moskau: Themen waren u. a. die politische Situation in Russland und die konkrete Vorbereitung des Gesprächs mit dem Bürgermeister von Sotschi.
- Besuch des Olympischen Dorfes im Coastal Cluster: Das Olympische Dorf ist neben den Sportstätten ein Kernelement und zentraler Anlaufpunkt Olympischer Spiele. Informationen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) über dessen Aufbau und die Ausstattung, zu Sicherheitsmaßnahmen für Sportlerinnen und Sportler sowie über die Organisation aller dortigen Abläufe waren von hohem fachlichen Wert für die Sportmetropole Berlin für eigene künftige Sportgroßveranstaltungen.
- Berlin-Empfang im Deutschen Haus: Der Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport war Gastgeber des Abends. Die Sportmetropole Berlin und insbesondere die Rahmenbedingungen für den Leistungssport in Berlin konnten im Deutschen Haus hervorragend präsentiert werden. Ehrengäste des Abends waren der IOC-Präsident Dr. Thomas Bach, der DOSB-Präsident Alfons Hörmann und das IOC-Ehrenmitglied Walther Tröger. Gespräch mit dem Bürgermeister von Sotschi: Bei dem Gespräch wurden Themen wie olympische Infrastruktur, Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Finanzierung erörtert. Der für Sport zuständige Staatssekretär hat bei dem Gesprächstermin den Regenbogenschal als Symbol der internationalen Schwulen- und Lesbenbewegung getragen.
- Gespräch mit Vertretern der Menschenrechtsorganisation „Memorial“: Bei dem Gespräch ging es um Themen wie Umweltschutz und die Entlohnung der Arbeiter auf den Olympia-Baustellen.
- Talkrunde mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Olympischen Jugendlagers: Bei dem Gespräch ging es um Themen rund um die Olympischen Winterspiele. Die Nachwuchsathletinnen und Nachwuchsathleten im Alter zwischen 16 und 19 Jahren haben sich durch sportliche Leistungen und soziales Engagement ausgezeichnet. Drei der insgesamt rd. 40 Jugendlichen kamen aus Berlin.

Darüber hinaus ist esgerade bei dem Empfang des Landes Berlin und teilweise auch am Rande der besuchten Sportveranstaltungen zu informellen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern von internationalen und nationalen Verbänden gekommen, die die Chancen Berlins bei Bewerbungen zu internationalen Veranstaltungen als Thema hatten und regelmäßig Berlin als Sportmetropole beworben haben.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass auch der Besuch der Sportveranstaltungen und -einrichtungen vielfältige Erkenntnisse erbracht hat, etwa hinsichtlich der Nutzung von temporären Bauten und in Sicherheitsfragen sowie anderer organisatorischer Aspekte.

Alternativen, um die Ziele wie insbesondere den Informationsaustausch mit hochkarätigen internationalen und nationalen Sportverbandsvertreterinnen und Sportverbandsvertretern bzw. „Entscheiderinnen oder Entscheidern“ über die Vergabe von Sportgroßveranstaltungen anlässlich einer Veranstaltung an einem Ort zu erreichen, sieht der Senat von Berlin nicht. Auch die Unterstützung und Wertschätzung der deutschen und Berliner

Sportlerinnen und Sportler bei Olympischen Spielen wird aus Sicht des Senats von Berlin durch persönliche Anwesenheit und Kontakte unterstrichen.

7. Wird sich die Berliner Delegation insbesondere auch über Sicherheitsaspekte bei der Durchführung von Großereignissen informieren und mit den lokalen Verantwortlichen austauschen? Wenn ja, welche übertragbaren Erkenntnisse erhofft sich der Senat davon?

Zu 7.: Die Berliner Delegation konnte sich bei dem Besuch der Sportveranstaltungen und –einrichtungen sowie auch bei dem Besuch des Olympischen Dorfes im Coastal Cluster einen Überblick über die verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen verschaffen.

8. Wird der Senat seine Entscheidung, eine politische Delegation nach Sotschi zu entsenden, angesichts der neuesten Vorwürfe in Bezug auf ausbeuterische Arbeitsbedingungen bei der Errichtung der Sportstätten und der Herrichtung des Austragungsortes, überdenken?

Zu 8.: Die Vorwürfe in Bezug auf ausbeuterische Arbeitsbedingungen bei der Errichtung der Sportstätten und der Herrichtung des Austragungsortes haben nicht dazu geführt, dass die Berliner Delegation nicht zu den Olympischen Winterspielen nach Sotschi gereist ist. Der Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport hat stattdessen versucht, die Entlohnung der Arbeiter auf den Olympia-Baustellen an geeigneter Stelle vor Ort zu thematisieren, wie z.B. mit den Vertretern der Menschenrechtsorganisation „Memorial“.

Berlin, den 13. März 2014

In Vertretung

Andreas Statzkowski
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Apr. 2014)